

Die Logik des Nichtwählens

Über konstruktives Nichtwählen und irreführendes Wählen

Das Nichtwählen hat noch immer einen schlechten Ruf. Die wenigsten Nichtwähler mögen sich daher zum Nichtwählen offen oder gar offensiv bekennen. Der typische Nichtwähler ist noch immer der verschämte, nicht der bekennende.

Eine ähnliche Entwicklung ist aber auch bei Wählern zu beobachten. Auch Wähler scheuen sich zunehmend, für ihre Parteienpräferenz und Wahlentscheidung offen, selbstbewusst oder gar mit Stolz einzustehen. Tendenziell wird also immer verschämter gewählt. Das ändert nichts an den politischen Machtverhältnissen, aber es verringert zumindest den moralischen Druck auf die Nichtwähler. Je verschämter gewählt wird, desto weniger verschämt geschieht das Nichtwählen. Die Nichtwähler dürften daher tendenziell nicht nur immer zahlreicher, sondern auch zunehmend offensiver werden. Es wäre leichtfertig, dies als vergängliches Zeitgeistphänomen zu deuten. Vieles spricht dafür, dass es sich auch längerfristig als demokratietypisches Verhalten erweist.

Natürlich werden Parteien und politische Medien auch künftig keine Mühe scheuen, für das Wählen zu werben und das Nichtwählen zu diskreditieren. Dies wird weiter mit bekannten Argumenten geschehen wie dem, die Demokratie müsse vor Auszehrung durch Desinteresse bewahrt werden. Je zahlreicher und engagierter die Wähler, so wird dabei wohl unterstellt, desto engagierter die Gewählten.

Die politische Desillusionierung dürfte aber viel zu weit fortgeschritten sein, als dass solche Argumente das Nichtwählen noch wirksam eindämmen könnten. Die meisten Nichtwähler bleiben den Wahlen fern, weil ihnen keine Partei zweifelsfrei besser erscheint als die anderen. Sie finden die Parteien annähernd gleich schlecht, nicht annähernd gleich gut. Natürlich stehen auch immer wieder Parteien zur Wahl, die auch die allermeisten Nichtwähler auf keinen Fall am politischen Entscheidungsprozess beteiligt sehen wollen. Zum Wählen kann dies gestandene Nichtwähler aber allenfalls dann motivieren, wenn solche Parteien tatsächlich Aussicht auf eine mehrheitsbildende Rolle haben. In den etablierten Demokratien ist dies zum Glück selten der Fall.

Neben solchen konventionellen Argumenten für das Wählen gibt es eines, das zumindest auf den ersten Blick auch manche Wahlskeptiker überzeugen könnte: das Argument der Erneuerung der Parteienlandschaft. Wem keine etablierte Partei gut genug für seine Stimme sei, der möge sich doch umso gründlicher mit den vielen nicht etablierten Parteien auseinandersetzen. Unter diesen werde er ganz sicher

eine finden, die irgendwann kompetenter und vertrauenswürdiger Politik machen würde als die etablierten. Statt nicht zu wählen sollten Parteien- und Politikverdrossene daher versuchen, eine vielversprechende kleine Partei durch geduldiges Wählen zu einer etablierten zu machen.

So schlüssig dieses Argument theoretisch erscheinen mag, so wenig entspricht es aber der Erfahrung. Der Rückblick auf die jüngere Geschichte politischer Parteien lehrt Nichtwähler etwas ganz anderes. Wo in etablierten Demokratien vormals kleine oder gänzlich neue Parteien groß wurden, hat dies die Qualität von Politik nirgendwo nachhaltig verbessert. Nicht selten hat es sie sogar dramatisch verschlechtert. Die meisten ehemals kleinen Parteien sind entweder als populistische Zeitgeistphänomene rasch verglüht, oder sie sind den etablierten im Lauf ihrer Entwicklung immer ähnlicher geworden. Dass aus einer heranwachsenden kleinen Partei etwas nachhaltig Besseres werden könnte als die etablierten, ist daher aus der Luft gegriffen.

Es widerspricht darüber hinaus auch elementarer politischer Logik. Neue Parteien nämlich, die den bisher etablierten ernsthaft Konkurrenz machen, wachsen damit zwangsläufig in deren Rolle hinein, die Rolle so genannter allzuständiger Staatslenkungsvereine. Das Elend der etablierten Parteien besteht gerade darin, dass sie dieser Rolle zunehmend weniger gewachsen, also zunehmend überfordert und daher zunehmend inkompetent sind. Noch heilloser würden sich natürlich groß werdende kleine Parteien in dieser Überforderung und Inkompetenz verstricken. Schon die Zielsetzung, etablierte Parteien abzulösen, zeugt vom Nichtverstehen dieses Zusammenhangs. Kleine Parteien, die groß werden wollen, können daher für rationale Nichtwähler nicht wählbar sein. Kleinparteien aber, die klein bleiben wollen, sind es natürlich erst recht nicht.

Ein allerletztes Argument

Damit erweist sich auch das letzte noch halbwegs schlüssig erscheinende Argument gegen das Nichtwählen bei näherem Hinsehen als überholt. Die Verächter des Nichtwählens könnten sich daher allenfalls noch darauf berufen, dass Nichtwählen zwar möglicherweise niemandem schade, andererseits aber keinerlei Nutzen stiftet. Das Wählen hingegen trage wenigstens noch dazu bei, die Demokratie mit Leben zu füllen.

Aber auch dieses Argument geht an den Verhältnissen zeitgenössischer Demokratie vorbei. Wer nämlich eine Partei wählt, drückt damit nicht nur seine persönliche Parteienpräferenz aus, sondern er gibt damit ein viel weiterreichendes Signal. Er signalisiert, dass Parteien guten Gewissens wählbar seien. Jede Wählerstimme ist insofern ein implizites Ja zum Parteienwesen und zum Parteienstaat. Dass möglicherweise alle Parteien, auch die von ihm gewählte, nur sehr eingeschränkt vertrauenswürdig und kompetent sind, kann der Wähler mit seiner Stimme nicht ausdrücken. Die vielen Wahlberechtigten, die solche Vorbehalte hegen und trotz-

dem wählen, treffen insofern eine irreführende, die Wahlaussage verfälschende Aussage. Nur wenn sie nicht wählten, würden sie sich keiner solchen Wahlverfälschung schuldig machen.

Nichtwählen - ein konstruktives Signal

Solange die Nichtwähler eine unbedeutende Minderheit waren, war auch die Frage von Wert und Unwert des Nichtwählens unbedeutend. Unbedeutend ist das Nichtwählerphänomen aber fast nirgendwo mehr. Das Nichtwählen wird demzufolge immer stärker von den Medien wahrgenommen, und seine Bedeutung wird zunehmend öffentlich diskutiert. Damit aber gewinnt die Entscheidung jedes Einzelnen, nicht zu wählen, immer mehr Aufmerksamkeit und Gewicht. Je größer der Anteil der Nichtwähler, desto stärker wird das von ihnen ausgesendete politische Signal.

Sicher sind auch die Signale der Nichtwähler keineswegs eindeutig. Deren Motive sind vielfältig. Sie bleiben der Wahl fern, weil sie gleichgültig, verhindert oder abgelenkt sind oder aus zufälligen Launen heraus. Zu einem großen Teil senden Nichtwähler - bewusst oder unbewusst - aber das konkrete Signal, dass ihnen keine der zur Wahl stehenden Alternativen wählenswert erscheint. Ihre Botschaft ist: Wir würden uns Besseres wünschen, als ihr Parteien es zu bieten habt. Keine von euch hat unsere Stimme verdient. Wir haben genug von euch etablierten Parteien mit eurer schalen Rhetorik, euren voreiligen und gebrochenen Versprechungen, euren billigen Wahlwerbepots und Wahlplakaten und euren diffusen Wahlprogrammen, und wir haben auch genug von der lächerlichen Laienhaftigkeit von euch Splitterparteien. Wir werden erst dann wieder wählen, wenn Besseres zur Wahl steht als Parteien, wie ihr es alle seid.

Dieses ist natürlich ein Signal von eminenter politischer Bedeutung. Während Wähler eine Rangfolge der zur Wahl stehenden Parteien herstellen, trifft der Nichtwähler eine implizite Aussage über das gesamte Parteiensystem und damit über die Demokratie in ihrer gegenwärtigen Verfassung. Dies ist nicht nur ein gewichtiges, sondern bei wachsender Politikmüdigkeit und Parteienverdrossenheit der Bürger sogar ein notwendiges Signal. Es nicht zu geben verfälscht die politische Willensbildung und schadet der Glaubwürdigkeit demokratischer Prozesse.

Bei sich weiter ausbreitender Parteienskepsis ist zumindest absehbar, dass sich das Blatt in Sachen Moral des Wählens und Nichtwählens vollends wendet. Hier kann es keine moralische Pflicht zum Wählen mehr geben, aber für viele eine moralische Verpflichtung zum Nichtwählen. Die zeitgemäße Botschaft an die Wahlberechtigten ist hier: *Wählt nur, wenn ihr es mit voller Überzeugung tut! Wenn ihr Vorbehalte habt, dann wählt nicht!*

Konsequenzen für das Wahlrecht

Nichtwählen hilft gegen die Verfälschung von Wahlaussagen, aber dies ist natürlich nicht, was Nichtwähler eigentlich wollen. Nichtwähler könnten Konkreteres zum

politischen Prozess beitragen, und sie würden es tun, wenn sie nur wüssten, wie. Was sie daran hindert, ist das geltende Wahlrecht.

In herkömmlichen Wahlverfahren geben Wähler ihre Stimme öffentlichkeitswirksam ab, und sie wirken damit unmittelbar auf die politischen Machtverhältnisse ein. Das Nichtwählen dagegen hat noch immer keine vergleichbare Öffentlichkeitswirkung, und es hat vor allem keinen direkten Einfluss auf politische Entscheidungsprozesse. Der Nichtwähler gibt also ein zwar hoch bedeutsames, aber ein wenig beachtetes Signal und eines ohne unmittelbare politische Wirkung.

Dies ist nicht nur für Nichtwähler unbefriedigend. Es überlässt die politische Gestaltungsmacht allein denen, die noch mit politischen Parteien sympathisieren, und damit den Parteien selbst. Dies zementiert die Strukturen des Parteienstaates, und es verhindert politische Prozesse, die der wachsenden Distanz der Bürger gegenüber den politischen Parteien Rechnung tragen.

Ändern könnte dies nur eine fundamentale Reform des Wahlrechts. Ein gründlich reformiertes Wahlrecht könnte den vormals Wahlunwilligen viel gezieltere Formen der politischen Willensbekundung eröffnen als das schlichte Nichtwählen. Es könnte Wahlberechtigten vor allem ermöglichen, ihre Skepsis gegenüber den politischen Parteien durch eine so genannte *Proteststimme* zum Ausdruck zu bringen.¹ Auf neu konzipierten Wahlzetteln könnten Wähler aber auch andere Motive für ihre Stimmenthaltung anführen, Motive also wie Gleichgültigkeit, Unwissen oder Überforderung. Würden Wahlzettel diese Ausdrucksmöglichkeiten eröffnen, dann würden sich damit nahezu alle zuvor Wahlunwilligen vom Wahlereignis angesprochen fühlen, und dann würde die Zahl der Nichtwähler drastisch reduziert. Eine Wahlrechtsreform könnte darüber hinaus aber auch den vielen, die ihre Wählerstimme nur noch mit Vorbehalt abgeben, bessere Möglichkeiten der politischen Willensbekundung geben. Wer seine Stimme einer Partei gibt, könnte in einem zeitgemäßen Wahlverfahren angeben, ob er dies mit Überzeugung tut oder mit starkem oder schwachem Vorbehalt.

Allein diese beiden Wahlreformschritte, die Einführung einer Proteststimme gegen und einer Vorbehalts-Stimme für politische Parteien, würden den Bürgern ein völlig neues Demokratieerlebnis bescheren. Nach solchen Änderungen des Wahlrechts würden Wahlen ein viel aufschlussreicheres Bild der politischen Meinungslandschaft zeichnen als bisher. Sie würden insbesondere Aufschluss über den politischen Reform- und Beharrungswillen der Bürger geben und damit politischen Entscheidungsprozessen völlig neuartige Impulse geben.²

¹ Zum Konzept der Proteststimme s. die einschlägige Rubrik in www.parteien-stop.de: <http://www.parteien-stop.de/parteien-stop/home/-proteststimme-die-forderung.html>.

² Zu konkreteren Vorschläge zur Wahlrechtsreform s. auch B. Wehner, *Die Logik von Wahlrecht und Wahlpflicht . Zur Neubelebung der Demokratie durch Wahlrechtsreformen*, in

Wahlrechtsreformen dieser Art lägen natürlich nicht im Interesse politischer Parteien. Jede Stimme für eine politische Partei ist daher eine Stimme, die solche Reformen verhindern hilft. Das Nichtwählen wird daher vorerst der einzige Weg bleiben, zumindest mittelbar Aufmerksamkeit auf den Reformbedarf beim Wahlrecht zu lenken. Erst wenn Nichtwähler dieses Signal noch zahlreicher als bisher geben, könnten irgendwann politische Bewegungen wachsen, die Reformen des Wahlrechts zu ihrem vorrangigen Anliegen machen. Dazu könnten sogar Parteien gehören, deren politisches Programm allein eine Wahlrechtsreform beinhaltet.

Weiter zunehmende Wahlunwilligkeit könnte am Ende sogar dazu führen, dass Verfassungsgerichte sich herkömmlicher Wahlverfahren kritisch annehmen. Das Ergebnis könnte dann sein, dass die Benachteiligung der Nichtwähler in der politischen Willensbildung als Verstoß gegen den Gleichheitsgrundsatz der Verfassung gewertet wird. Auch dieser Wirkungsweg zeigt, welche herausragende Bedeutung das Nichtwählen für die Reformierbarkeit der Demokratie noch haben wird.³

04- 2014

www.reformforum-neopolis.de
www.neokratieverfassung.de
www.parteien-stop.de
www.neopolis.info

<http://www.reformforum-neopolis.de/reformforum/demokratie/-wahlrecht.html>
(http://www.reformforum-neopolis.de/files/die_logik_von_wahlrecht_und_wahlpflicht.pdf).

³ S. hierzu auch B. Wehner, *Das demokratische Wahlverfahren ist verfassungswidrig. Zur illegitimen Bevorzugung von Parteihängern durch das Wahlrecht*, in www.reformforum-neopolis.de/demokratie/Wahlrecht
(http://www.reformforum-neopolis.de/files/das_demokratische_wahlverfahren_ist_verfassungswidrig.pdf).